

Vossische



1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben wertlos. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, Finanz- und Handelsblatt.“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wochentlich 1.—Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Assn.) d. Handelsstelle: Carl Meisch, Berlin, Tavard. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dinstadt 3060—3065, für den Fernverkehr Amt Dinstadt 3085—3090. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600

Vertrauen mit Vorbehalt

Innenminister Krudell soll sich reinigen

Die Abstimmung im Reichstag

Der Antrag der Regierungsparteien: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und stimmt ihr das Vertrauen aus“ wurde mit 235 gegen 174 Stimmen angenommen. Zur Minderheit gehörte auch der Zentrumskandidat Herr. Die Hälfte der Wirtschaftspartei und die Hälfte der Wirtschaftspartei, die durch einen Staatssekretärposten besetzt werden soll, stimmte für die Regierung. Vor der Abstimmung gab Frau v. Grawert (Zentrum) eine Erklärung ab, seine Fraktion votiere dem gesamten Reichstag das Vertrauen in der Annahme, die Unterfuchung werden die gegen den Innenminister v. Krudell gerichteten Anschuldigungen als unbegründet erweisen.

Die 18 Enthaltungen

Die 18 Abgeordneten, die sich bei der namentlichen Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Marx im Reichstag der Stimme enthielten, sind von der Wirtschaftspartei: Herr-Dresden, Herrmann, Dr. Vredt, Dremis, Duntel, Holzner, Dr. Jörissen, Eude, Mollath und Popold, von der Politisch-Sozialen Arbeitsgemeinschaft: Dietrich-Granten, Freber, Rube, v. Kamin, Graf zu Reventlow, Schröder-Meddenberg, Geffert und Weidenhöfer.

Über den dramatischen Verlauf der Sitzung berichten wir auf der vierten Seite.

Lang lebe die Regierung!

von Georg Bernhardt

Als das Kabinett Guno zum ersten Male sich dem Reichstag vorstellte, befand sich unter den neuen Ministern Herr Müller aus Bonn, der die bestmögliche Genehmigung der Vorlage sollte. Schon am Tage der Vorstellung plöbe eine Bombe gegen ihn, und er mußte durch den Oberbürgermeister Dr. Sutter aus Essen ersetzt werden. So wurde der Reichsanwalt Guno vor dem Schabernack gleich wieder mit seinem ganzen Kabinett abtreten zu müssen. Und durch diesen schnellen Ministerwechsel wurde der zukünftige Reichsanwalt Dr. Luther politisch geboren. Ob aus der Wählung des Reichsanwaltes v. Krudell auch ein zukünftiger neuer Reichsanwalt gegen den Reichstag zu erwarten war, ist nicht leicht zu sagen. Aber der Fall selbst erinnet doch recht lebhaft an die Angelegenheit Müller-Bonn. Denn sehr angenehm ist es ja schließlich nicht, daß ein Kabinett, kaum aufgestellt — und so schwer aufgestellt — nun schon in einem Augenblick zu so enormer Beanspruchung herangezogen wird. Dabei kann man sich gewisse persönlichen Mängel nicht erwehren. Denn Herr v. Krudell gehört zu denjenigen Mitgliedern der deutschnationalen Reichstagsfraktion, denen aus der Gegner unerbittlich Schläge entgegenbringen. Ein monatlich feiner und lebenswichtige Mann, der außerdem durch die ihm über ererbten mühseligen Gaben auch in denjenigen Kreisen der Berliner Gesellschaft beliebt ist, die sich nicht zu den Anhängern des neuen Regimes zählen. Günstig Anhängern der deutschnationalen Weltanschauung kann man es ja schließlich nicht allzu leicht nehmen, daß er beim Kampfsitz mehr gefühllos als politisch tätig handelte. Er behauptet, durch die Weisheit seiner Vorgesetzten gebunden gewesen zu sein. Ganz so ist es nun, daß er in der Tat, ob die Unterstellung, die zum Reichsanwalt gegen seinen neuen Ministerkollegen einleiten wird, einmündig schicksallos vermag, wie weit er gestützt wurde und wie weit er freiwillig gegangen ist? Was wird schließlich die Gode an irgendein psychisches Seminar verweisen. In Frankreich ist sogar ein gewisser parlamentarischer, würde die Gode mit einem Chanson enden, in Deutschland hat man, wenn es irgendmöglich ist, verloren, einen Vergleich zu schließen. Man wird vielleicht, die Herren jetzt vorziehen. Denn man wird nicht ohne Verachtung stellen möchte. Dr. Berg, der so formlos auffällig betont hat, daß er nur noch la suite der Justizminister steht, zum Innenminister machen. Aber der Austausch des Herr v. Krudell wird nicht werden. Denn man wird nicht ohne Mann, der mindestens la suite stopps stand, nicht gerade die Inkonsequenzen für den Oberbürgermeister abtreten können.

Rußland, England und China

Erklärungen Litwinows über die Ostprobleme

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

von Moskau, 5. Februar

Der stellvertretende Bolschewikminister für Äußeres, Litwinow, gab heute den ausländischen Journalisten eine Erklärung zu der chinesischen Frage ab. Die heutige Lage in China, so meinte Litwinow, werde durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen dem englischen Gesandtschaftsleiter O'Malley und der Kantonegierung gekennzeichnet, nachdem die englische Regierung sich geweigert hätte, ihre Truppenkontingente zurückzuziehen. Die Sowjetregierung habe nach die mit Herr Weisheit ihrer friedliebenden Politik gehen, auch der jungen Kantonegierung gegenüber, die die Aufgabe vor sich habe, ihre Straße zu konsolidieren.

Auch die Stellung Englands im Osten werde durch eine Feindschaft zwischen England und der Sowjetunion nicht gefährdet werden. Die junge Kantonegierung weigere sich, einen Vertrag mit England anzugehen, einer drohenden Intervention zu unterliegen.

Man muß über den Sinn dieser Weigerung nachdenken. Wozu feilscht die Intervention gegen die Sowjetunion an? Es geht nicht um das haben die englischen Rechtshaber und Kapitalisten dieser Aktion selbst verpönt. Man kann darüber nicht im Zweifel sein, daß die Intervention gegen Sowjetrußland für England nur Missposten und keine Plusposten gestiftet hat. Zum Schluß äußert Litwinow die Hoffnung, daß die vernünftigen Elemente der englischen Öffentlichkeit und der englischen Regierung die Anhänger einer Politik der separaten Faust legen werden, die niemals etwas anderes, als den Willen und der Gade des Friedens langfristig gebracht hat.

„Sowjetis“ und „Brawa“ widmen beide ihre Beilager der Frage der englisch-chinesischen und englisch-russischen Beziehungen. Beide Artikel sind außerordentlich ausführlich und luden mit sachlichen Argumenten gegen den Fortschritt der konservativen englischen Presse anzugreifen. „Glauben die Konventionen wirklich“, so fragen „Sowjetis“, „daß durch den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion sich irgend etwas für England in China ändert, und daß damit die chinesische Freiheitsbewegung zusammenbricht, oder daß durch diesen Abbruch der Isolierung abgehoben werden kann, in der sich England in China befindet?“

Durch den Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetunion wird die englische Politik in China nicht getreut werden. Dieser Versuch wird nur unmittelbar die Interessen der englischen Volkswirtschaft schädigen. Die „Brawa“ schreibt mit dem gleichen Tenor, die Freier der englischen Politik, die früher so feindselig und rechtlosig auf Kompromisse angingen. Können durch den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion nicht wieder aufgehoben werden. Beide Artikel verurteilen die Friedensliebe und die Bereitwilligkeit zur Verständigung bei der Sowjetregierung.

Austausch der Entwaffnungsbriefe

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Paris, 5. Februar

Die Briefe, die am 1. Februar abgeschlossene Einigung in der Entwaffnungsfrage bestätigen, sind heute, Samstag, nachmittags, zwischen dem Außenminister Briand im Namen der Entwaffnungsfrage interessierten Mächte und von dem deutschen Botschafter in Paris, Herrn v. Koch, ausgetauscht worden. Die Dokumente werden Montag veröffentlicht werden.

Die Kantonegierung ist nicht interessiert an irgendwelchen Konflikten: Sie strebt friedliche Beziehungen der Entwicklung für ihre eigene Arbeit an und sucht alle äußeren Bewilligungen zu vermeiden. Alle Freunde des chinesischen Volkes müßten deshalb ihren Einfluß in Richtung auf eine friedliche Lösung der außenpolitischen Probleme einleiten. Das letzte Angebot O'Malleys habe eine annehmbare Grundlage für die Kantonegierung, deren Lösung aller Streitigkeiten mit England abgesehen. Man könne nur bedauern, daß nicht alle friedlichen Verhandlungen verbunden mit einer Intervention verbunden waren und so diese Verhandlungen zum Scheitern gebrächt wurden.

Englische konservative Kreise, so erklärte Litwinow weiter, wollten ihre eigenen Fehler damit verdecken, daß sie die lächerliche Behauptung verbreiteten, in der Geschichte der Freiheitsbewegung des viele Millionen abhängenden chinesischen Volkes werde das viele durch Millionen in England in der Sowjetunion entstanden herrschen. Kein einziger Kommunist kann an eine solche Behauptung glauben. Die Sowjetregierung hat nie ihre Sympathie für die Freiheitsbewegung des chinesischen Volkes verheimlicht. Darum folgere aber nicht, daß sie der Kantonegierung eine Verhöhnung der Beziehungen zu England empfinden habe oder empfinde, und daß die Sowjetregierung jemals einer friedlichen Vereinbarung hindern im Wege stehen habe.

Wir finden, meinte Litwinow, die Stellung vollkommen richtig, die der Delegierten der englischen Gewerkschaften und die sozialistischen Kreise der englischen Gesellschaft eingenommen haben, daß nämlich eine Verständigung der englisch-russischen Beziehungen neither der beiden Parteien Nutzen bringen kann, und daß dadurch, nicht nur das Interesse Großbritannien im ganzen gefährdet wird, sondern auch diejenigen Finanz- und Industriegruppen, die heute am meisten und lautesten den Abbruch der Beziehungen fordern.

Fortdauert ist Herr v. Krudell nach der Genfer, die ihm öffentlich Herr von Grawert, der Führer des Zentrums, erreicht hat noch einmal mit einer Abhandlung in republikanischer „Gedankens“ verlegt. Die Zentrumspartei hat durch ihren Führer erklären lassen, daß der Vertrauensvotum für die Gesamtregierung sich nur unter der Bedingung auch auf Herrn v. Krudell erstreckt, daß die Unterzeichnung nicht eines „Wahlbuchs“ sondern eines „Wahlbuchs“ durch den Ministerkollegen v. Krudell das ihm aufgebundene Baderament nicht besteht, dann wird er notwendig aus dem Amt des Vertrauensschlichters weichen müssen. Man muß schon sagen, daß die Dinge, die Herr v. Krudell in der Genfer Sitzung, die erst alle die Grundzüge verlegen muß, um überhaupt in die Regierung zu kommen, und dann bauernd unter das Joch gesummen wird, das sie die Zentrumspartei hat führen läßt.

Die parlamentarische Opposition ist gegenüber diesen Vorgängen in einer sehr mißigen Lage. Sie hat nämlich gar kein Interesse daran, daß gleich zu Anfang eine der inneren Schwierigkeiten der neuen Koalition das Leben dieses Kabinetts verunmöglichen. Schließlich kann auch kein Gegner eine faire Chance gegen die Deutschnationalen nicht einhalten zeigen, was sie in der Regierung leisten. Und die Opposition kann den Erfolgen dieser Regierung um so eher ruhig zusehen, als es ja doch nur Erfolge der der Linie sein müßten, die der Reichstag betrieblen. Politisch ist es, können, deren Vertreter nicht wie vor die entmenschet ist. Alle diese Vorgänge, namentlich auf dem Gebiet der Außen-